2

**НЕМЕЦКИЙ ДЛЯ
ЮРИСТОВ**

I

2. I

1-6c

3

L e k t i o n 7

Das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland

Das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland ist der Bundespräsident. Er wird von der Bundesversammlung gewählt, einem Verfassungsorgan, das^d nur zu diesem Zweck zusammentritt. Es besteht aus den Bundestagsabgeordneten sowie einer gleich großen Zahl von Delegierten, die^d von den Länderparlamenten gewählt werden^a. Bisweilen werden auch angesehene und verdiente Persönlichkeiten für die Bundesversammlung nominiert, die nicht einem Länderparlament angehören. Die Wahl des Bundespräsidenten erfolgt mit der Mehrheit der Stimmen der Bundesversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren. Eine einmalige Wiederwahl ist zulässig.

Der Bundespräsident nimmt vorwiegend repräsentative Aufgaben wahr. Er vertritt die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich, d.h. er schließt im Namen des Bundes Verträge mit ausländischen Staaten ab, beglaubigt und empfängt die Botschafter. Außerdem ernennt und entläßt er die Bundesrichter, die Bundesbeamten, die Offiziere und Unteroffiziere und begnadigt die Straftäter. Die verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze werden von ihm ausgefertigt und im Bundesgesetzblatt verkündet. Der Bundespräsident kann für einen Gesetzesvorschlag der Bundesregierung den sogenannten Gesetzgebungsnotstand (Art. 81 GG) mit Zustimmung des Bundesrates erklären und ihn dadurch gegen den Willen des Bundestages in Kraft setzen.

Der Bundespräsident schlägt dem Bundestag einen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vor und ernennt den vom Bundestag gewählten Bundeskanzler. Auf Vorschlag des Kanzlers

ernennt und entläßt er die Bundesminister. Der Bundespräsident kann den Bundestag auflösen, wenn dieser nicht mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Bundeskanzler wählt oder wenn ein Vertrauensantrag des Bundeskanzlers nicht die Zustimmung der Mehrheit des Bundestages findet. Allerdings erlischt¹ dieses Recht, wenn der Bundestag mit absoluter Mehrheit einen anderen Bundeskanzler wählt.

Die dem Bundespräsidenten übertragenen politischen Funktionen sind weitgehend formaler Natur. Bei der Ernennung des Kanzlers, bei der Unterschrift unter die Gesetze oder unter die Ernennungsurkunden der Beamten und Offiziere vollzieht er faktisch den Willen der anderen Staatsorgane. Seine damit verbundenen Rechte sind ziemlich begrenzt. In allen exekutiven Akten, die er vornimmt, ist er an die Gegenzeichnung des Bundeskanzlers oder des zuständigen Ministers gebunden. Direkter politischer Einfluß auf die übrigen Verfassungsorgane, insbesondere auf den Bundeskanzler, ist ihm verwehrt. Er hat jedoch das Recht auf Information. Sein Staatssekretär nimmt an den Kabinettsitzungen teil.

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich Bundespräsident des Bundespräsidialamtes, einer obersten Bundesbehörde, die von dem Chef des Bundespräsidialamtes geleitet wird. Er berät den Bundespräsidenten und unterrichtet ihn über Fragen der allgemeinen Politik sowie über die Arbeit der Bundesregierung und der gesetzgebenden Organe. Der Chef des Bundespräsidialamtes nimmt an den Sitzungen des Bundeskabinetts teil.

1. Finden Sie im Text Äquivalente folgender Wörter und Wendungen.

- выполнять в основном представительские функции;
- заключать договоры с иностранными государствами;
- принимать верительные грамоты иностранных послов;
- назначать и увольнять федеральных судей;
- помиловать осужденных преступников;
- промульгировать законы;
- провозглашать законы;

¹ das Recht erlischt — право утрачивает силу

- вводить состояние законодательной необходимости;
- обладать правом роспуска бундестага;
- исполнять волю других органов власти;
- нуждаться в контрасигнации актов исполнительной власти федеральным канцлером или компетентным федеральным министром.

2. Lesen Sie den folgenden Auszug aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und ordnen Sie diesen den entsprechen Abschnitten des vorstehenden Textes zu.

„V. Der Bundespräsident

Artikel 54

[Wahl]

(1) Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestag besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.

(2) Das Amt des Bundespräsidenten dauert fünf Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

(3) Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

(4) Die Bundesversammlung tritt spätestens dreißig Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten, bei vorzeitiger Beendigung spätestens dreißig Tage nach diesem Zeitpunkt zusammen. Sie wird von dem Präsidenten des Bundestages einberufen.

[.....]

(6) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

(7) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Der Deutsche Bundestag

Der Deutsche Bundestag ist als oberstes Legislativorgan der Bundesrepublik Deutschland der Mittelpunkt des politischen Lebens und von keinem anderen Verfassungsorgan abhängig. Sein Präsident ist daher nach dem Bundespräsidenten der zweithöchste Repräsentant der Bundesrepublik. Der Bundestag dient der Willensbildung des Staates und repräsentiert das Volk als den Träger¹ der Staatsgewalt. Er wird vom Volk auf vier Jahre gewählt. Eine vorzeitige Auflösung ist nur ausnahmsweise möglich und liegt in der Hand des Bundespräsidenten.

Die wichtigsten Aufgaben des Bundestages sind die Gesetzgebung, die Wahl des Bundeskanzlers und die Kontrolle der Regierung. Außerdem wirkt der Bundestag im Rahmen der Bundesversammlung an der Wahl des Bundespräsidenten mit und wählt die Hälfte der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts. Bei der Gesetzgebung wirkt er mit dem Bundesrat zusammen.

Der Bundeskanzler wird formell vom Bundestag auf Vorschlag des Bundespräsidenten gewählt. In der Regel schlägt aber der Bundespräsident den Kandidaten derjenigen Partei oder Parteienkoalition zur Wahl vor, die aus den Bundestagswahlen als stärkste Gruppierung hervorgegangen ist. Im ersten und zweiten Wahlgang muß ein Kandidat die absolute Mehrheit der Mitglieder des Bundestages (sog. Kanzlermehrheit) auf sich vereinigen. Im dritten Wahlgang genügt die einfache Mehrheit (Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen), doch braucht der Bundespräsident diesen Kandidaten nicht zu ernennen². Statt dessen kann er den Bundestag auflösen.

¹ der Träger der Staatsgewalt — обладатель государственной власти

² braucht nicht zu ernennen — не обязан назначать

Organe des Bundestages sind der Präsident, das Präsidium, der Ältestenrat und die Ausschüsse. In der konstituierenden Sitzung¹ nach der Bundestagswahl wählt der Deutsche Bundestag seinen Präsidenten, der den Vorsitz in Präsidium und Ältestenrat sowie im Gemeinsamen Ausschuß von Bundestag und Bundesrat führt. Zum Präsidium des Bundestages gehören auch die Stellvertreter des Präsidenten.

Bei der Führung seiner Geschäfte wird der Präsident durch den Ältestenrat unterstützt, der neben ihm und seinen Stellvertretern aus den von den Fraktionen benannten Mitgliedern besteht. Die Ausschüsse sind kleine Beratungsorgane zur Vorbereitung von Plenarsitzungen. Ein Vermittlungsausschuß ist für gemeinsame Beratung von Gesetzen zwischen Bundesrat und Bundestag vorgesehen.

Die Abgeordneten des Bundestages sind Vertreter des ganzen Volkes und sind an Aufträge und Weisungen ihrer Wähler nicht gebunden, haben also sogenanntes freies Mandat. Entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit schließen sie sich zu Fraktionen oder Gruppen zusammen. Zur Fraktionsbildung sind mindestens 5% der Abgeordneten erforderlich. Die Mitglieder einer Bundestagsfraktion können bei Verstoß gegen die Fraktionsdisziplin aus der Fraktion bzw. aus ihrer Partei ausgeschlossen oder von der Partei zur nächsten Wahl nicht mehr aufgestellt werden. Jedenfalls kann weder der Ausschluß eines Abgeordneten aus der Fraktion noch ein Parteiausschluß zum Verlust des Bundestagsmandats führen.

Alle Abgeordneten genießen prozessuale Immunität (Strafverfolgungsfreiheit). Danach darf kein Abgeordneter ohne Genehmigung des Bundestages zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden. Eine Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn ein Abgeordneter bei der Ausübung der Tat oder spätestens im Laufe des folgenden Tages festgenommen wird. Außerdem dürfen Abgeordnete nicht wegen ihrer Abstimmung oder sonstiger Äußerun-

¹ die konstituierende Sitzung — учредительное заседание

gen im Bundestag durch die öffentliche Gewalt zur Verantwortung gezogen werden. Diese Indemnität (Rede- und Äußerungsfreiheit) genießen die Abgeordneten lebenslang, also auch nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag.

Die finanzielle Unabhängigkeit der Abgeordneten wird durch eine Entschädigung („Diäten“) gewährleistet, die der Bedeutung des Abgeordnetenamts entspricht. Wer mindestens acht Jahre dem Parlament angehört hat, erhält nach dem Erreichen der Altersgrenze¹ eine Pension.

1. Finden Sie im Text Äquivalente folgender Wörter und Wendungen.

- представлять народ в качестве обладателя государственной власти;
- участвовать в выборах федерального президента;
- партия или партийная коалиция, одержавшая победу на выборах;
- получить абсолютное большинство голосов депутатов бундестага;
- не быть связанным наказами и указаниями избирателей;
- являться обладателем свободного мандата;
- объединяться во фракции или группы;
- нарушение фракционной дисциплины;
- исключать из партии;
- обладать процессуальным иммунитетом;
- начать расследование против депутата или арестовать его;
- свобода от уголовного преследования;
- арестовать на месте преступления;
- прекращение депутатских полномочий.

2. Erklären Sie folgende Begriffe.

- das Legislativorgan;
- die Kanzlermehrheit;

¹ die Altersgrenze — возраст, дающий право на пенсию по старости

Der Bundesrat

Der Bundesrat ist die Vertretung der 16 Bundesländer auf Bundesebene und stellt somit ein Gegengewicht zum Bundestag dar. Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit. Im Gegensatz zum Bundestag besteht der Bundesrat nicht aus gewählten Volksvertretern, sondern aus Mitgliedern der Landesregierungen, die von diesen bestellt und abberufen werden. Je nach Einwohnerzahl haben die Länder drei bis sechs Stimmen, die nur einheitlich abgegeben werden können. Dabei sind die Bundesratsmitglieder an die Weisungen der jeweiligen Landesregierung gebunden. Zur Stimmabgabe genügt es, wenn nur ein Mitglied der betreffenden Landesregierung anwesend ist.

Die Organisation und Geschäftsordnung des Bundesrates sind dem Geschäftsgang des Bundestags weitgehend angeglichen. Allerdings besitzen die Mitglieder des Bundesrates nicht das Recht der Immunität. Der Präsident des Bundesrates ist ständiger Vertreter des Bundespräsidenten. Er wird auf ein Jahr aus den Ministerpräsidenten der Länder gewählt, und zwar in einem bestimmten Turnus¹ — beginnend² mit dem größten und endend mit dem kleinsten Bundesland. Plenarsitzungen des Bundesrates finden in der Regel alle 2 bis 4 Wochen an Freitagen statt. Seine Beschlüsse kann der Bundesrat nur mit absoluter oder mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder fassen.

Der Bundesrat hat keine Wahl- oder Amtsperiode. Er ist ein „ewiges“ Bundesorgan, dessen Zusammensetzung sich nur dann än-

¹ in einem bestimmten Turnus — в определенной, регулярно повторяющейся последовательности

² beginnend — начиная с ч-л

dert, wenn in einem Bundesland ein Regierungswechsel eintritt oder Regierungsmitglieder wechseln. Die Oppositionsparteien im Bundestag können in den Ländern die Mehrheit besitzen und damit dort Regierungsverantwortung übernehmen. Dann ist die Abstimmung im Bundesrat für diese Parteien noch eine Möglichkeit, ihre politischen Vorstellungen bundesweit¹ durchzusetzen oder zumindest zum Ausdruck zu bringen.

Als Gesetzgebungsorgan hat der Bundesrat das Recht der Gesetzesinitiative und der Mitwirkung beim Erlaß der Gesetze. Kein Bundesgesetz kann ohne Beteiligung des Bundesrates in Kraft treten. Mehr als die Hälfte aller Bundesgesetze benötigt die Zustimmung des Bundesrates, weil diese sogenannte Zustimmungsgesetze² die Interessen der Länder unmittelbar berühren. Verweigert der Bundesrat seine Zustimmung, so ist das Gesetz gescheitert. Gegen alle anderen Gesetze kann der Bundesrat beim Bundestag Einspruch einlegen. Dadurch kann der Bundesrat das Zustandekommen eines Gesetzes jedoch nur verzögern, denn der Bundestag kann mit absoluter Stimmenmehrheit seiner Mitglieder den Einspruch zurückweisen.

Durch das Recht, die Gesetze zu verhindern, könnte der Bundesrat als Zweite Parlamentskammer betrachtet werden, doch fehlt ihm dazu die notwendige Voraussetzung der Unabhängigkeit (Wählbarkeit) seiner Mitglieder. Trotzdem gilt der Bundesrat als zweitwichtigstes Organ des Bundes nach dem Bundestag kraft seiner umfangreichen Befugnisse auf den Gebieten der Gesetzgebung und der vollziehenden Gewalt. Der Bundesrat wirkt auch bei der Rechtsprechung mit, und zwar dadurch, daß er zusammen mit dem Bundestag die Hälfte der Bundesverfassungsrichter wählt.

1. Finden Sie im Text Äquivalente folgender Wörter und Wendungen.

- на федеральном уровне;
- представлять собой противовес ч-л;
- направлять и отзывать членов правительств федеральных земель;

¹ bundesweit — в масштабе федерации

² die Zustimmungsgesetze — законы, подлежащие одобрению бундесрата

Die Bundesregierung

Die Bundesregierung ist das oberste Exekutivorgan der Bundesrepublik Deutschland. Sie besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern. Der Bundeskanzler wird vom Bundespräsidenten vorgeschlagen und vom Bundestag gewählt. Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen. Der Kanzler wählt also seine Minister selbst aus. Sie sind seine Mitarbeiter, die er auch gegen den Willen seiner Partei halten oder fallen lassen kann.

Der Bundeskanzler hat damit eine besonders starke Stellung. Er führt im Bundeskabinett den Vorsitz und bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik. Die Bundesminister leiten im Rahmen dieser Richtlinien ihren Geschäftsbereich selbständig und in eigener Verantwortung. Der Kanzler kann also nicht unter Umgehung des Ministers den Beamten eines Ministeriums direkte Weisungen geben. Ein vom Bundeskanzler ernannter Bundesminister ist zugleich der Vizekanzler, also Stellvertreter des Bundeskanzlers. Die Arbeitsbehörde des Bundeskanzlers ist das Bundeskanzleramt, das die Stellung einer obersten Bundesbehörde hat.

Den Kern der Regierung bilden die fünf sog. klassischen Ministerien: das Auswärtige Amt (geleitet vom Bundesminister des Auswärtigen), das Bundesministerium der Verteidigung (Bundesminister der Verteidigung), das Bundesministerium des Inneren (Bundesminister des Inneren), das Bundesministerium der Justiz (Bundesminister der Justiz) und das Bundesministerium der Finanzen (Bundesminister der Finanzen). Inof-

fiziell führen die Ministerien und die zuständigen Bundesminister auch andere Bezeichnungen, z. B. das Bundesaußenministerium (Bundesaußenminister), das Bundesverteidigungsministerium (Bundesverteidigungsminister) usw.

Die Aufgaben der Bundesregierung sind im Grundgesetz im einzelnen nicht aufgeführt. Allgemein kann man sagen, daß die Leitung des Staates der Bundesregierung und dem Bundespräsidenten, und der Vollzug der Gesetze allein der Bundesregierung übertragen ist. An der Gesetzgebung ist die Bundesregierung vor allem durch das Recht der Gesetzesinitiative und durch die Befugnis zum Erlaß von Rechtsverordnungen beteiligt. Auf dem Gebiet der vollziehenden Gewalt liegt der Schwerpunkt bei den Bundesministern. Diese führen ihre Aufgaben mit Hilfe der Bundesministerien und der nachgeordneten Verwaltungsbehörden durch.

Die Bundesregierung bleibt im Normalfall während der Wahldauer des Bundestages, also vier Jahre, im Amt. Die Amtsdauer der Bundesregierung endet vorzeitig mit dem Rücktritt (oder Tod) des Bundeskanzlers, mit dem Zusammentreten eines neuen Bundestages und durch das erfolgreiche konstruktive Mißtrauensvotum. Dabei muß der Bundestag, der dem Kanzler das Mißtrauen aussprechen will, zugleich seinen Nachfolger wählen.

Der Bundeskanzler kann seinerseits die Vertrauensfrage stellen und damit in kritischen Situationen seine Mehrheit im Parlament möglicherweise konsolidieren. Denn spricht der Bundestag dem Bundeskanzler das Vertrauen nicht aus (absolute Mehrheit ist erforderlich), kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers den Bundestag auflösen.

1. Finden Sie im Text Äquivalente folgender Wörter und Wendungen.

- являться высшим органом исполнительной власти;
- вопреки воле партии;

Das Bundesverfassungsgericht

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist das oberste Bundesorgan der Rechtsprechung. Es überwacht die Einhaltung des Grundgesetzes, ist also „Hüter der Verfassung“. Gegenüber anderen obersten Staatsorganen der Bundesrepublik Deutschland ist es unabhängig und gleichberechtigt.

Die allgemeine Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts ist in Art. 93 GG geregelt. Weitere Zuständigkeiten und Verfahrensvorschriften finden sich im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht von 1951. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet beispielsweise in Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern oder zwischen einzelnen Bundesorganen über den Umfang ihrer Rechte und Pflichten. Eine Organstreitigkeit könnte sich z. B. dann ergeben, wenn die Opposition ein von der Mehrheit des Bundestages beschlossenes Gesetz für verfassungswidrig hält.

Streitgegenstand in den Bund-Länder-Streitigkeiten sind gewöhnlich Rechte und Pflichten des Bundes und der Länder nach dem Grundgesetz. In der Praxis entstehen solche Konflikte meist in Fragen der Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Bund und Ländern in der Gesetzgebung.

Nur das Bundesverfassungsgericht darf feststellen, ob eine Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet und deshalb verfassungswidrig ist. In diesem Fall ordnet es die Auflösung der Partei an.

Das Bundesverfassungsgericht prüft Bundes- und Landesgesetze auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz. Diese sog. Normenkontrolle basiert auf dem Grundsatz, daß die niedrige Rechtsnorm (z. B. ein Gesetz oder eine Rechtsverordnung) mit der hö-

heren Norm (der Verfassung) übereinstimmen muß. Erklärt das BVerfG ein Gesetz für verfassungswidrig, so darf dieses nicht mehr angewendet werden. Nur wenn der Bundestag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abgeordneten die Verfassung selbst ändert, kann er sich der möglichen Kontrolle seiner Beschlüsse durch das Bundesverfassungsgericht entziehen.

Von seinen Befugnissen macht das Bundesverfassungsgericht nur dann Gebrauch, wenn es von bestimmten Organen wie Bundesregierung, Landesregierungen, mindestens einem Drittel der Abgeordneten des Bundestages oder von Gerichten angerufen wird. Darüber hinaus hat jeder Bürger das Recht, eine Verfassungsbeschwerde einzulegen, wenn er sich durch den Staat in seinen Grundrechten verletzt fühlt. Zuvor muß er allerdings in der Regel die zuständigen Gerichte erfolglos angerufen haben.

Das Bundesverfassungsgericht besteht aus zwei Senaten mit je acht Richtern. Jeder Senat hat einen bestimmten Zuständigkeitsbereich. Der I. Senat entscheidet über die Normenkontrolle und die meisten Verfassungsbeschwerden. Der II. Senat entscheidet überwiegend über Fragen der Staatsorganisation.

Die Verfassungsrichter werden je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt. Sie müssen das 40. Lebensjahr vollendet haben und dürfen weder dem Bundestag, dem Bundesrat, der Bundesregierung noch dem entsprechenden Organ eines Bundeslandes angehören. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre, jedoch längstens bis zum 68. Lebensjahr. Eine Wiederwahl ist nicht zulässig.

1. Finden Sie im Text Äquivalente folgender Wörter und Wendungen.

- являться высшим органом правосудия;
- контролировать соблюдение Основного закона;
- принимать решения в случае разногласий между федеральными органами;
- являться предметом разногласий;
- конфликты по вопросам разграничения полномочий;
- представлять угрозу основам свободного демократического строя;